

(Dr. Kney, F.D.P.: Das hätten Sie doch gar nicht zu sagen brauchen, ich habe doch schon die Reklame gemacht.)

(Heiterkeit)

Herr Abgeordneter, ich möchte doch eine ernste Frage stellen, die mich nach Ihrer Argumentation bewegt: Wer hat nach Ihrer Meinung den zweiten Weltkrieg begonnen? Wer hat am 22. Juni 1941 wen überfallen, Deutschland die Sowjetunion oder die Sowjetunion Deutschland?

(Zuruf: Wer hat es möglich gemacht?)

Verstehen Sie, Sie haben im Grunde gesagt, das sei ein historisches Ereignis. Das ist damals geschehen, und dafür haben wir die Hauptlast getragen. Das kann man doch nicht wegreden. Ich verstehe das nicht.

Dr. Kney (F.D.P.):

Herr Prof. Heuer, wir können jetzt gerne in eine Geschichtsstunde verfallen. Ich bin da ziemlich sicher, weil das sozusagen die Grundlage meines Berufes war.

Selbstverständlich hat Hitler diesen Krieg begonnen. Aber dann sozusagen die Nachkriegszeit so zu beurteilen, als daß da nunmehr das deutsche Volk gewissermaßen verantwortlich zu machen ist für diesen Krieg, das halte ich doch für eine geschichtlich nicht ganz saubere Betrachtungsweise.

Und wenn wir dann davon ausgehen, daß das Kriegsergebnis lautete: vier Besatzungsmächte in Deutschland in den vier Besatzungszonen, dann ist es wohl auch eine Frage, die man stellen muß: Wie sind Deutsche von diesen vier Besatzungsmächten behandelt worden? Und da gab es große Unterschiede. Aber das nun wiederum den Deutschen in der Bundesrepublik vorzuwerfen, als wäre das ihre Schuld, das ist falsch, denn das war nicht ihre Schuld.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Noch eine Frage, bitte schön.

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Gestatten Sie, auch mit einer gewissen Richtigestellung zu beginnen, weil das ja ein Antrag der PDS ist und weil er meines Erachtens falsch interpretiert wurde.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es geht jetzt um Fragen. Wir müssen dabei bleiben. Fragen sollen nach unserer Geschäftsordnung kurz und prägnant sein.

Prof. Dr. Steinitz (PDS):

Die Frage geht dahin: Haben Sie aus diesem Antrag entnommen - das war eigentlich nicht sein Anliegen -, eine Aufrechnung vorzunehmen, daß soundsoviel Milliarden DM zurückgezahlt werden sollen? Es ging - und ich hoffe, daß Sie das auch so verstanden haben - darum, einen bestimmten Zusammenhang herzustellen, daß die Ausgangsbedingungen in der DDR anders waren, schwieriger waren. Es geht jetzt gar nicht um die anderen Ursachen, sondern das war ein Faktor, und darüber sind sich die Historiker einig. Es geht darum, zu berücksichtigen, daß das nicht ganz unwesentlich ist, also nicht diese Größenordnung zurückzuverlangen, sondern mitzudenken, daß wir nicht nur Bittsteller sind.

(Proteste im Saal)

(Dr. Kney, F.D.P.: Herr Prof. Steinitz, ich habe Ihr Problem erkannt.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich hatte den Versuch gemacht, an unsere Geschäftsordnung zu erinnern und daran, daß sie ständig überschritten wird. Zwischenfragen müssen kurz und präzise sein. Und unabhängig davon, was wir noch verhandeln, bestehe ich jetzt darauf, daß

das in den weiteren Verhandlungen des heutigen Tages so gehandhabt wird. Wenn es keine Fragen sind, werde ich grundsätzlich jetzt unterbrechen. Sie müssen es lernen, eben Fragen zu stellen und nicht Redebeiträge zu halten.

(Vereinzelt Beifall)

Sie dürfen gern noch antworten, bitte schön.

Dr. Kney (F.D.P.):

Prof. Steinitz, Sie haben jetzt versucht, den Antrag noch einmal ein bißchen zu umschreiben, aber im Klartext bleibt es doch dabei, daß in Ihrem Antrag im Grunde genommen gefordert wird, 727 Milliarden DM im Einigungsprozeß zur Grundlage der Verhandlungen zu machen. Und meine Fraktion und ich persönlich, wir sind dort strikt dagegen. Man kann nicht in einem Einigungsvertrag zwischen deutsch-deutschen Partnern, die Zusammenkommen wollen, als erstes sagen: Wir gehen erst einmal an die Verhandlungen heran, indem wir sagen, 727 Milliarden stehen uns von vornherein erst einmal zu. Das wird nichts, und das geht nicht, und das ist unkorrekt.

(Prof. Dr. Steinitz, PDS: Das wollen wir auch nicht!)

Dann sind wir uns ja einig

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es spricht als nächster für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Nooke.

Nooke für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Sehr verehrte Abgeordnete! Es ist nicht ganz einfach, nach dieser Art und Weise, wie über dieses Thema geredet wurde, jetzt den Schlußpunkt zu setzen, aber ich muß gestehen, die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat auch kein Interesse daran, zu dieser Thematik zu schweigen. Ich denke, es ist hier viel Richtiges gesagt worden und auch eine ganze Menge Unfug. Wir müssen uns nur einmal klar machen, worum es überhaupt bei den Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik, so wie sie ja noch geführt werden, geht. Es geht doch darum, für die Zukunft ein vernünftiges, akzeptiertes und wirklich gemeinsames Leben zu organisieren, und das möglichst mit einer Vermischung, die so schnell wie möglich geht, daß jeder zwar seine Identität wegen mir als Sachse oder Bayer hat, aber nicht mehr als Ostdeutscher oder Westdeutscher. Das ist doch wohl das Entscheidende.

(Beifall)

Und nun weiß ich natürlich, daß alle Parteien hier im Haus, die mal zur Regierung gehörten, Probleme haben, Themen anzusprechen, die in Bonn nicht gern gehört werden. Aber Sie geben mir zu - das hoffe ich jedenfalls -, daß ich auch Probleme habe, wenn die PDS nun dieses Thema hier aufgreift und sich damit als die Partei darstellt, die hier die letzten Interessen bei der Vereinigung für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vertritt.

(Vereinzelt Beifall, vor allem bei der SPD)

Und in diesem Sinne ist dieser Antrag jetzt natürlich wirklich unseriös. Aber darauf hat Herr Keller hingewiesen. Er liegt schon eine Weile im Präsidium.

Und ich kenne Anträge unserer Fraktion, meine Damen und Herren, die lagen auch im Präsidium, und zwar während der Verhandlungen zum 1. Staatsvertrag. Die sind hier nicht mal als Drucksache hergekommen. Die sind nicht mal dokumentiert, weil es angeblich nicht mehr ging zu verhandeln, weil es zu spät war. Und das sind Dinge, die wieder das Verfahren hier kennzeichnen.

Wogegen ich mich auch noch einmal ausspreche, ist die Art und Weise, wie diese Debatte hier zwischen den Parteien doch wieder zum Wahlkampf genutzt wurde. Ich denke, es geht einfach darum, daß man durchaus auch der Bundespublik sagen kann, welche Probleme nach 45 und welche Erlebnisse die Bürgerinnen und Bürger, die jetzt noch hier leben, nach 1945 hier hatten, und die DSU hat es bezeichnenderweise sehr deutlich mit dem Beispiel der Demontage gesagt.